

grh Mitteilungen ¹¹/₂₂

Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V.

AG Charlottenburg RNr.: 14285 Nz

Franz-Mehring-Platz 1 ★ 10243 Berlin ★ Telefon: 030 2978 4225 ★ E-Mail: verein@grh-ev.org
Internet: www.grh-ev.org ★ Geschäftszeiten: Dienstag und 1. Donnerstag im Monat 09.00 bis 14.00 Uhr
Konto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE53 1009 0000 5788 9000 09 BIC: BEVODEBB
Herausgeber: Der Vorstand ★ V.i.S.d.P. : Hans Bauer



Aktion des Vereins „Unentdecktes Land“ e.V. am 9. November 2014 auf dem Berliner Alexanderplatz

(Foto: D. Stiebert)

DIESE GRENZE WURDE AUFGEHOBEN, DAMIT WIR GEMEINSAM WIEDER IN DEN KRIEG ZIEHEN

... damit wir gemeinsam hungern und frieren

... damit wir gemeinsam verarmen

... damit wir die steigenden Heizkosten nicht bezahlen können
und uns Zwangsräumungen drohen

Hans Bauer zum Bericht der Bundesregierung zur Lage in Ostdeutschland

Ernsthaftes Konfliktpotential

Kurz vor dem „Tag der Deutschen Einheit“ legte der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland, Staatsminister Carsten Schneider, seinen Jahresbericht „Ostdeutschland. Ein neuer Blick“ vor. In drei Teilen wird auf 154 Seiten der erreichte Stand der deutschen Einheit reflektiert. Allein die Tatsache, dass nach 32 Jahren Anschluss der DDR an die BRD ein solcher Bericht noch notwendig ist, beweist, dass nichts zusammengewachsen ist, wie es Willy Brandt einst verkündete. Aber natürlich muss im Bericht zunächst die Erfolgsstory geschrieben werden. Also kommen, das soll wohl das Neue sein, im Teil „Ostdeutschland heute“ fünfzehn „AutorInnen“ zu Wort, die „ihren jeweils eigenen Blick auf den Stand der Einheit und auf Ostdeutschland schildern“. Präsentiert werden ausgesuchte Biografien, die nichts mit typischen Lebensbiografien und Befindlichkeiten im Osten gemein haben.

Der zweite Teil „Deutschland-Monitor: Einstellungen zu Demokratie und Politik in Deutschland“ zeigt die Stimmung im Osten. Laut Bundeskanzler Olaf Scholz ist Ostdeutschland „inzwischen in vielerlei Hinsicht eine der attraktivsten Wirtschaftsregionen Europas.“ Das klingt wie Hohn, denn Die Menschen spüren davon nichts. Ernstzunehmende Fortschritte bei der Angleichung der wirtschaftlichen und Lebensverhältnisse West-Ost sind nicht feststellbar. Die Krisen treffen Ostdeutschland besonders hart. Schlimm steht es der Umfrage zufolge um das Demokratieverständnis: Nur 39 Prozent der Ostdeutschen (2020: 48 Prozent) sind mit der BRD-Demokratie zufrieden. In Westdeutschland sind es noch 59 Prozent. Auch die Zustimmung zur Regierung, die Zufriedenheit mit Meinungsfreiheit und Gerechtigkeit sinken im Osten kontinuierlich.

Das Monitoring als Bestandteil des Berichts ist sehr aufschlussreich: Die befragten Gruppen werden eingeteilt in „offen und liberal“, „klein-bürgerlich-konservativ“, „angepasste Skeptiker“ und „verdrossene Populisten“. Letztere, gemeint sind Kritiker der Regierungspolitik egal welcher Couleur, seien „vergleichsweise weit von der Demokratie entfernt“. Diese Gruppe lehnt - laut Bericht - die deutsche Ukraine-Politik eindeutig ab, kritisiert Waffenlieferungen, Sanktionen auf Kosten der Bevölkerung und Sanktionen gegen Russland. Kritiker, darunter Kommunistinnen und Kommunisten, werden zu „Populisten“ abgestempelt. Gemeinsam mit den „angepassten Skeptikern“ bildeten sie ein „ernsthaftes Konfliktpotential“ für den Staat. Gemeint ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung Deutschlands deren Meinung - nähme man Demokratie ernst - die Politik in diesem Land mitbestimmen müsste.

Die lichte Zukunft soll der dritte Teil des Berichts „Für gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West: Vorhaben der Bundesregierung in der 20. Legislaturperiode“ zeigen. Ein „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ soll die Lösung sein. Die Unterschiede zwischen Ost und West werden nicht kleiner und sollen es nicht werden. Die Energiekrise trifft die Menschen in Ostdeutschland besonders brutal. Die katastrophale Kriegs- und Krisenpolitik der Bundesregierung eint Deutschland nicht. Sie spaltet weiter und treibt das Land in den Abgrund. Eine Politik der sozialen Kälte, Militarisierung, Waffenlieferung und Wirtschaftskrieg, Feindschaft und Hetze gegen andere Menschen und Völker ist die Ursache wachsender Unzufriedenheit und zunehmenden Widerstandes. Gegen imperialistische Politik hilft kein Zukunftszentrum. Das können wir nur selber tun. Aber solche Schlussfolgerungen passen nicht zu den optimistischen Ritualen eines „Nationalfeiertags“.

(aus UZ vom 7.10.2022)

Der Vorstand der GRH gratuliert sehr herzlich allen Geburtstagskindern im Monat November, insbesondere den folgenden Jubilaren, und wünscht ihnen beste Gesundheit, Kraft, viel Glück und ein weiterhin erfülltes Leben.

zum 94. Geburtstag

Gerd Bräuer, Berlin

zum 93. Geburtstag

Horst Scholz, Berlin

zum 92. Geburtstag

Elfriede Korsing, Frankfurt/Oder

Dr. Alfred Kleine, Berlin

Erhard Scholz, Zepernick

Siegfried Lorenz, Berlin

zum 91. Geburtstag

Ingeburg Garbe, Rostock

Rudolf Petrick, Heidensee-Gräbendorf

zum 90. Geburtstag

Dr. Gisela Hering, Berlin

Werner Wagner, Berlin

Gerhard Behnke, Teltow

Albert Hermann, Königs Wusterhausen

zum 85. Geburtstag

Krimhilde Sacher, Neubrandenburg

zum 80. Geburtstag

Dietrich Holland, Berlin

Wolfgang Dockhorn, Berlin

zum 65. Geburtstag

Gunar Döscher, Plauen

zum 60. Geburtstag

Carsten Wölk, Berlin

**Anzeige der GRH in der Themenbeilage
Marxismus der „junge Welt“ vom 26.10.22**

Schon bevor Karl Marx und Friedrich Engels prophezeiten: "Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst des Kommunismus" wurden Kommunisten wegen ihrer Überzeugung von einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und ihres Kampfes für eine friedliche und sozial-

gerechte Welt verfolgt. Abertausende wurden diskriminiert, eingekerkert, gefoltert, dahingemetzelt, erschossen oder enthauptet. Besonders der deutsche Imperialismus aller Couleure zeichnet sich seit jeher durch aggressiven Antikommunismus aus.

Mit der Annexion der DDR setzte eine neue Welle der Verfolgung von Kommunisten und anderen mit der DDR verbundenen Bürgern ein. Mit über 85 000 Strafverfahren und mehr als 1 000 Verurteilungen wurde wider Völkerrecht und Grundgesetz verfolgt und bestraft. Begleitet wurde dies von immensen finanziellen Belastungen, rechtswidrigen Straffrenten und bis heute anhaltenden Diskriminierungen.

Die GRH übt seit 1993 Solidarität mit den Betroffenen. Indem sie sich für deren Rechte einsetzt, verteidigt sie den sozialistischen deutschen Friedensstaat DDR.

Massenhaftes staatliches Unrecht der BRD darf nicht vergessen werden.

Dr. Eva Ruppert

(22. September 2022)

HERBST UND KRIEG

Mit feinen Fäden
spinnt der Herbst sich ein,
die Früchte fallen vor der Zeit.
Ferne Geschosse drohen meinem Ohr.
Noch immer Krieg?
Oder schon wieder?
Das Herz verhärtet sich.
Die Freude stirbt.
Es stirbt die Poesie.
Westliche Marionetten
an langen Fäden zappelnd
spielen Weltgeschichte.
Mein stummer Schrei
zerreißt die Nebelwände nicht.
Es gilt, die sichtbar unsichtbaren
Fäden zu zerreißen.

Aus einem offenen Brief der VVN-BdA Chemnitz, den auch GRH - Mitglieder unterschrieben haben:

Am Ende eines langen Kampfes für eine würdige Gedenkstätte des antifaschistischen Widerstands bei Frankenberg / Sachsen rollen die Bagger und ebnen die KZ-Kommandantenvilla in Sachsenburg ein. Eines der ersten Konzentrationslager in Deutschland und prägende Ausbildungsstätte ungezählter Mörder wird mit Beschluss der Stadt Frankenberg entkernt.

Bereits vor vielen Jahren forderten Justin Sonder, Erich Knorr, Siegfried Streubel, Antifaschisten, alle mit „Erfahrung“ in den KZ Auschwitz, Flossenbürg und Sachsenhausen sowie in faschistischen Zuchthäusern und Gefängnissen bzw. vor Sondergerichten der Wehrmacht: Wie hält es das Land mit einem würdigen Erinnern und Gedenken? Und nun die niederschmetternde Antwort.

Im April 1992 erreichte sie die schlimme Nachricht, dass das Mahnmal am ehemaligen KZ Sachsenburg mit der faschistischen Losung: „Verbrecher sollen Helden sein“ beschmiert und dass Flugblätter der Nazi-Aktivisten verbreitet wurden; dass im Gemeindeanzeiger die Bezeichnung 'KZ Sachsenburg' mit einem Fragezeichen versehen war; dass in der Presse ein großer Leserbrief mit der fordernden Überschrift: „Arbeitsplätze statt Gedenkstätten“ versehen wurde.

Geschichtsbewusste Männer und Frauen haben dort, am Erinnerungsort Sachsenburg, hingegen immer nach Kräften gearbeitet, um die Erinnerung wach zu halten.

Auch vielfältige und unterschiedliche Aktivitäten, wie der Offene Brief an den sächsischen Ministerpräsidenten zum Erhalt der Kommandantenvilla durch die VVN-BdA Chemnitz, Proteste der VVN-BdA Sachsen und der Lagerarbeitsgemeinschaft Sachsenburg, Pressebeiträge und der jüngst gestarte-

ten Petition führten nicht dazu, dass die Politik im Freistaat Sachsen eine verantwortungsbewusste Lösung angestrebt oder gefunden hat. ...

Der Abriss eines antifaschistischen Gedenkortes konterkariert die notwendigen Konsequenzen aus der Geschichte und leistet dem erstarkten rechten Gedankengut und neuen Faschisten in unverantwortlicher Weise Vorschub. Eine Gesellschaft, mit der Geschichte wie der unsrigen, hat bei solchen Vorgängen NICHT „gelassen“ zu sein! Sonst verkommen die zum Beispiel alljährlich am 27 Januar vorgetragenen Bekenntnisse, aus der Geschichte gelernt zu haben, zum bloßen Wortgeprassel und zu Lippenbekenntnissen.

Ehrendes Gedenken unseren verstorbenen Mitgliedern

Hans-Günter Schleife aus Fredersdorf

Er verstarb am 15. Oktober 2022
im Alter von 73 Jahren

Frank Röhner aus Petershagen

Er verstarb am 15. Oktober 2022
im Alter von 91 Jahren

Unser Mitgefühl gilt allen Hinterbliebenen
Der Vorstand, TAG Marzahn,
Lichtenberg, AG Aufklärer